

Rational-Choice-Institutionalismus als Erklärungsperspektive für politisch-administrative Analysen

John Meister

Typ des Dokumentes / type of the document:

Arbeitspapier / Working Paper

Für diese Version ist keine Begutachtung geplant / no review is planned for this version

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Meister, J. (2021). Rational-Choice-Institutionalismus als Erklärungsperspektive für politisch-administrative Analysen. <https://doi.org/10.48441/4427.742>

Zitierlink / citation link:

DOI: <https://doi.org/10.48441/4427.742>

Handle: <https://hdl.handle.net/20.500.12738/13623>

Nachnutzung / reuse:

Diese Publikation wird unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 (CC BY 4.0) verbreitet. Sofern der Name der Autor*innen/Rechteinhaber*innen genannt wird, kann der Inhalt vervielfältigt, verbreitet, öffentlich aufgeführt und kommerziell genutzt werden. Außerdem dürfen Bearbeitungen angefertigt und verbreitet werden. Weitere Informationen und die vollständigen Bedingungen der Lizenz finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/?lang=de>.

Rational-Choice-Institutionalismus als Erklärungsperspektive für politisch-administrative Analysen

Dr. John Meister

ABSTRACT

Der Rational-Choice-Institutionalismus ist eine ökonomisch geprägte Theorie der Politikwissenschaft. Seine Interdisziplinarität ermöglicht es, Erklärungsansätze aus wirtschaftswissenschaftlichen und politikwissenschaftlichen Perspektiven abzuleiten. Zudem besticht der Rational-Choice-Institutionalismus durch seine analytische Schärfe. In diesem Beitrag stellt der Autor zunächst die Grundlagen des Rational-Choice-Institutionalismus vor. Danach werden die zentralen Untersuchungsgegenstände der Theorie erläutert: Akteure und Institutionen. Auf dieser Grundlage wird die ergänzende Principal-Agent-Theorie hergeleitet, die für empirische Untersuchungen einen wichtigen Analyseansatz darstellt. Abschließend erläutert der Autor, warum der Rational-Choice-Institutionalismus insbesondere für politisch-administrative Untersuchungen besonders geeignet ist.

Keywords: Rational-Choice-Institutionalismus, Public Choice, Principal-Agent-Ansatz, Homo Oeconomicus, Politikanalyse, Politikwissenschaft

1. Einordnung

In den vergangenen Jahren hat sich in der Politikwissenschaft der Neoinstitutionalismus als theoretische Perspektive zunehmend durchgesetzt (u.a. Holtkamp 2012: 56). Der Neoinstitutionalismus postuliert eine enge Verknüpfung zwischen Institutionen und Akteuren: Institutionen werden als verbindliche und allgemein anerkannte „Spielregeln“ zwischen den Akteuren verstanden. Akteure können damit ihr Verhalten an bestimmte Regeln ausrichten und zugleich erwarten, dass auch andere Akteure dies tun. Durch Institutionen werden somit die Verhaltensweisen von Akteuren strukturiert, dadurch Handlungen berechenbar gemacht, folglich Unsicherheiten in Interaktionen reduziert und schließlich Stabilität bzw. wechselseitige Erwartungssicherheit zwischen den Akteuren geschaffen (Lauth 2010: 48ff., Schröter 2011: 39ff.). Institutionen nehmen so maßgeblichen Einfluss auf die Verhaltensmuster von Akteuren. Insofern kann mit Institutionen auch das Verhalten von Akteuren nachvollziehbar erklärt werden. Institutionen determinieren das Akteurshandeln jedoch nicht (Holtkamp 2012: 102). Aus neoinstitutionalistischer Perspektive haben die Entscheidungen von Akteuren wiederum Auswirkungen auf die Gestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen selbst. Institutionen sind somit grundsätzlich veränderbar (Schulze 1997: 6).

Innerhalb des Neoinstitutionalismus haben sich verschiedene „Schulen“ entwickelt. Häufig genannt wird die Unterteilung in den Rational-Choice-Institutionalismus, den historischen Institutionalismus sowie den soziologischen Institutionalismus (Hall/Taylor 1997). Von diesen ist es insbesondere der Rational-Choice-Institutionalismus, der sich als zweckmäßige Erklärungsvariante etabliert hat. Der Rational-

Choice-Institutionalismus als ökonomische Variante des Neoinstitutionalismus versucht, auf Basis der Analyse von kollektiven Akteuren und Institutionen Gesetzmäßigkeiten in politischen Prozessen zu erläutern, um auf dieser Grundlage Prognosen für das politische Handeln abzuleiten (Knill 2015: 60). Mit Blick auf die handelnden Akteure unternimmt der Rational-Choice-Institutionalismus dabei eine wichtige Komplexitätsreduktion: Er unterstellt den kollektiven Akteuren bestimmte eigennützige Standardinteressen, etwa „Machtstreben“ oder „Überleben“ (z.B. Parteien: Stimmenmehrung, Verwaltungen: Erhalt der eigenen Behörde). Auf Grundlage ihrer Standardinteressen verhalten sich die kollektiven Akteure konsequent nutzenmaximierend. Aus den nutzenbasierten Standardinteressen und dem nutzenmaximierenden Dogma lassen sich schließlich die spezifischen rationalen Verhaltensweisen von kollektiven Akteuren ableiten und prognostizieren. Methodisch ist mit dem Rational-Choice-Institutionalismus folglich ein deduktives Vorgehen verbunden: Auf Grundlage des Rational-Choice-Institutionalismus werden generelle Erklärungsmodelle entwickelt, darauf aufbauend empirische überprüfbare Aussagen abgeleitet und diese schließlich getestet. Ein bekannter Unterzweig des Rational-Choice-Institutionalismus ist die Neue Politische Ökonomie (NPÖ), auch Public-Choice-Theorie genannt. Die NPÖ versucht, politische Prozesse mit ökonomischen Modellen zu erklären und bildet daher ein Bindeglied zwischen der Politik- und Wirtschaftswissenschaft (Holtkamp 2012: 25, Seuberlich 2017: 67). Angelehnt an die ökonomischen Lehren besteht im NPÖ-Modell die Kernaufgabe von Politik und Verwaltung darin, öffentliche Güter bereitzustellen. Wesensmerkmal öffentlicher Güter ist das fehlende Ausschlussprinzip, d.h. einzelne Individuen können von einer Inanspruchnahme nicht

ausgeschlossen werden, da öffentliche Güter allen zugutekommen, wie z.B. „Sicherheit“ (Graf 2015: 35, Holtkamp 2012: 25). Allerdings gibt es auch Güter, die zwar öffentlich, jedoch zugleich mengenmäßig begrenzt sind, sodass eine Rivalität hinsichtlich der Nutzung besteht. Diese sog. Allmendegüter (Faust 2010: 396ff., Tomann 2005: 177ff.) sind regelmäßig Gegenstand von politischen Verteilungsproblemen und daher oft im Mittelpunkt von Politikanalysen aus der Rational-Choice-Perspektive. Der Rational-Choice-Institutionalismus und sein NPÖ-Zweig bestechen durch ihr hohes Leistungsvermögen zur Komplexitätsreduktion und mithin zur Herstellung einfacher und sparsamer Erklärungen bei relativ hoher Erklärungskraft. Dadurch können selbst komplexe Akteurskonstellationen übersichtlich dargestellt und Handlungsketten „durchgespielt“ werden. Seine wahre Stärke zeigt der Rational-Choice-Institutionalismus bei der Analyse von konfliktbehafteten Sachverhalten wie z.B. der Haushaltskonsolidierung, da er schonungslos die „dunklen Seiten“ von kollektiven Akteuren aus Politik und Verwaltung aufzeigt, die um ihr „Überleben“ kämpfen und dabei „nicht gerade zimperlich ihre Angriffs- und Verteidigungsstrategien“ auswählen (a.a.O.: 27). Darüber hinaus bleiben die Modelle des Rational-Choice-Institutionalismus – trotz der extremen Vereinfachungen – der empirischen Überprüfung zugänglich (Holtkamp 2013: 33). Die theoretisch-methodische Klarheit, die Praxisnähe und die Möglichkeit zur Prognosebildung machen den Rational-Choice-Institutionalismus daher besonders attraktiv für die Politikwissenschaft.

2. Akteure und der Homo Oeconomicus

Im Rational-Choice-Institutionalismus werden folgende Annahmen im Hinblick auf kollektive Akteure vertreten (in Anlehnung an Hall 1996, Schulze 1997, Helms 2004: 13ff., Schumann 2005: 39ff., Holtkamp 2012: 25ff.):

- Akteure haben eine stabile Präferenzstruktur mit egoistischen Zielen und Vorlieben (sog. Standardinteressen kollektiver Akteure)
- Sie handeln ausschließlich zur Verfolgung ihrer (Standard-)Interessen und sind somit egoistische Nutzenmaximierer
- Interessen von Dritten (z.B. Wählern) werden nur dann berücksichtigt, wenn diese dem eigenen Nutzen dienen (z.B. bei vote-seeking von Politikern)
- Sie sind über ihre Handlungsmöglichkeiten informiert und treffen strategische, rationale Entscheidungen unter Berücksichtigung des institutionellen Rahmens und ausschließlich nach Kosten-Nutzen-Abwägungen
- Die Kosten und Nutzen können materiell oder immateriell (z.B. Macht) sein

Die Akteure im Rational-Choice-Institutionalismus beruhen auf dem Menschenbild des Homo Oeconomicus, also dem eigeninteressiert, rational und nutzenmaximierend handelnden Individuum (Fuhrmann 2004). Methodologisch stellt sich die Frage, wie die Annahmen des Homo Oeconomicus, die am individuellen Akteur ansetzen, auf kollektive Akteure übertragen werden können. Der Rational-Choice-Institutionalismus löst dieses Dilemma folgendermaßen auf: Es wird

zwar methodologisch beim Individuum angesetzt, jedoch geht der Rational-Choice-Institutionalismus davon aus, dass Aussagen über kollektive Präferenzen aus den individuellen Präferenzen abgeleitet werden können (methodologischer Individualismus). Die vielen individuellen Einzelinteressen werden somit zu Standardinteressen aggregiert, welche den kollektiven Akteuren unterstellt werden. Dieser methodologische Schritt wird soweit begründet, dass die in den kollektiven Akteuren handelnden Individuen weitgehend gleichförmige Interessen verfolgen, wie etwa die Sicherstellung von Existenz, Handlungsfreiheit, Macht oder Ressourcen. Angesichts dieser Gleichförmigkeit von Einzelinteressen kann eine Aggregation als Standardinteresse auf der Ebene des kollektiven Akteurs plausibel erfolgen (Mayntz 1995: 54, siehe auch Schimank 2007: 172, Dröge 2008: 59, Holtkamp 2012: 26).

3. Institutionen und institutioneller Wandel

Hinsichtlich der Institutionen werden folgende Annahmen im Rational-Choice-Institutionalismus vertreten (in Anlehnung an Hall 1996, Morisse-Schilbach 2006: 271ff., Voigt 2009: 19ff., Haus 2015: 10ff., Knill 2015: 59ff.):

- Institutionen werden von Akteuren geschaffen (abhängige Variable)
- Institutionen werden als allgemein anerkannte „Spielregeln“, Normen und Prozesse verstanden, welche das Verhalten von Akteuren strukturieren, da sie mit Geboten, Verboten und Sanktionierungen konkrete Handlungsalternativen eröffnen und zugleich die Bandbreite von Verhaltensmöglichkeiten begrenzen
- Diese Festlegung von Handlungsalternativen bzw. Begrenzung von Verhaltensmöglichkeiten sorgt dafür, dass Akteure auf das jeweilige institutionelle Umfeld angepasste, zielgerichtete Strategien entwickeln müssen, um ihre spezifischen (Standard-)Interessen optimal zu erreichen
- Institutionen bilden somit einen Handlungsrahmen für (begrenzt) rationale Vorgehensweisen, sodass die Handlungen von Akteuren für Interaktionspartner (d.h. für andere Akteure) berechenbarer werden
- Diese Berechenbarkeit reduziert die Unsicherheit von Akteuren in den Interaktionssituationen, weil sie nicht mehr „alle theoretisch möglichen Zustände der Welt“ bedenken müssen, sondern sich an den institutionellen Spielregeln orientieren können, um das Verhalten anderer Akteure vorherzusehen
- Der Abbau von Unsicherheit führt zur Reduzierung von Transaktionskosten. Geringere Transaktionskosten erhöhen den Nutzen der Akteure.

Im Rational-Choice-Institutionalismus entstehen somit Institutionen, weil sie für die Akteure von Nutzen sind. Akteure schaffen Institutionen, weil die Institutionen Funktionen erfüllen, die für die Erreichung ihrer egoistischen Ziele nützlich sind. Die Bildung von Institutionen ist insbesondere in Situationen relevant, in denen eine Kooperation zwischen Akteuren notwendig ist, um kollektive Dilemmasituationen zu lösen (z.B. Allmendeprobleme). Weil die handelnden Akteure egoistische Nutzenmaximierer sind und im freien Raum ein opportunistisches Verhalten zur Verfolgung ihrer Eigeninteressen zeigen, können Kooperationen nach Rational-Choice-Logik nicht ohne Weiteres funktionieren. Erst durch Institutionen werden die Verhaltensweisen von Akteuren soweit begrenzt und strukturiert, dass Planbarkeit und Erwartungssicherheit zwischen den Akteuren für eine Kooperation entstehen. Kooperation ist demnach im Rational-Choice-Institutionalismus ausdrücklich möglich, es bedarf lediglich der „richtigen“ Ausgestaltung der Institutionen (vgl. Braun 2013: 172). Da es in der Politik und Verwaltung ständig um die Lösung kollektiver Dilemmas geht, hat die Gestaltung des institutionellen Rahmens folglich eine grundlegende Bedeutung für die Praxis. Hinsichtlich der Entstehung und Dynamik von Institutionen lassen sich insgesamt folgende Annahmen zusammenfassen (vgl. Holtkamp 2012: 104ff., Csigo 2006: 37ff.):

- Ob Institutionen zur Lösung von kollektiven Problemen tatsächlich entstehen, hängt im Rational-Choice-Institutionalismus von der Kosten-Nutzen-Kalkulation der jeweiligen Akteure ab. Institutionen werden erst dann von den Akteuren geschaffen, wenn sie für die Lösung eines kollektiven Problems gebraucht werden und die Lösung dieses kollektiven Problems den Akteuren einen Nutzen verspricht.

- Stabilität von Institutionen entsteht, wenn die geschaffenen Institutionen sich als effizient erweisen bzw. durch die Lösung kollektiver Probleme tatsächlich Nutzen generieren. Institutionen bleiben aber auch stabil, wenn die Kosten für einen institutionellen Wandel aus Kosten-Nutzen-Sicht zu hoch sind und sich daher nicht lohnen.
- Ein institutioneller Wandel tritt dann ein, wenn Institutionen aus Nutzensicht der Akteure dysfunktional werden und daher korrigiert werden müssen (z.B. weil es den bestehenden Institutionen nicht mehr gelingt, opportunistische Strategien wie Trittbrettfahrerverhalten zu unterbinden, sodass kollektive Probleme ungelöst bleiben und daher Transaktionskosten steigen). Ebenso ist ein Wandel denkbar, wenn z.B. andere Institutionen sich als noch effizienter erweisen.

4. Principal-Agent-Ansatz

Der Principal-Agent-Ansatz stellt einen wichtigen Analysebaustein des Rational-Choice-Institutionalismus dar, der aus der Wirtschaftswissenschaft entnommen ist (Oppermann 2008: 77ff.). Lupia definiert Principal (Auftraggeber) und Agent (Auftragnehmer) im Kontext von Delegationsprozessen: „Delegation [...] is an act where one person or group, called a principal, relies on another person or group, called an agent, to act on the principal's behalf“ (Lupia 2006: 35). Typische Principal-Agent-Kombinationen in der Politikwissenschaft sind Politiker als Principal und die Verwaltung als Agents, da letztere die Vorgaben der Politik auszuführen haben (vgl. Schedler 2013: 369ff., Funck 2008: 110, Baltz 2009: 64ff.). Zugleich sind Politiker die Agents von Wählern, welche die Politiker im Rahmen einer Wahl damit beauftragen, sie zu repräsentieren und in ihrem Namen zu handeln (vgl. Holtkamp 2012: 539).

Im Zuge einer Delegation von Aufgaben oder Zuständigkeiten muss der Principal darauf vertrauen, dass der Agent diese zuverlässig in seinem Sinne wahrnimmt. Gemäß den Annahmen des Rational-Choice-Institutionalismus sind jedoch alle Akteure – und damit auch die Agents – egoistische Nutzenmaximierer. Die Agents verfolgen demnach ihre eigenen Ziele und versuchen, ihren Nutzen u.U. auch durch opportunistisches Verhalten zu Lasten des Principals zu erhöhen. Ein wesentliches Problem stellt in diesem Rahmen die asymmetrische Informationsverteilung zwischen Principal und Agent dar: Die Agents verfügen als Auftragnehmer, als handelnde Akteure „vor Ort“, über viel mehr Informationen über die relevante Umwelt als ihr Principal, der sie beauftragt hat. Sie können durch diesen Informations-

vorsprung die Auswirkungen von Entscheidungen und etwaig verfügbare Handlungsalternativen besser abschätzen. Dadurch haben die Agents auch die Möglichkeit, ihren Informationsvorsprung gegenüber dem Principal im Sinne der Rational-Choice-Annahmen auszunutzen, um eigennutzmaximierende Ziele zu verfolgen – selbst wenn diese den Willen des Principals unterlaufen. Vor diesem Hintergrund muss der Principal zwangsläufig damit rechnen, dass die beauftragten Agents seine Weisungen – mangels Möglichkeit der unmittelbaren Kontrolle durch Beobachtung o.ä. – heimlich permanent missachten (hidden action). Zudem hat der Principal keinen Einblick in die Motive seiner Agents, d.h. welche eigentlichen Ziele die Agents mit ihren Handlungen verfolgen und ob diese Ziele zu seinen Lasten stehen könnten (hidden intention). Auch ex post läuft ein Principal Gefahr, aufgrund der asymmetrischen Informationen die Ergebnisse der Arbeit der Agents nicht vollumfänglich nachvollziehen zu können, weil er die Kausalität zwischen Ergebnis und Agent-Handeln nicht überprüfen kann (hidden information). Folglich sind die Kontroll- und Sanktionierungsmöglichkeiten des Principals gegenüber seinen Agents begrenzt (Behnke 2009: 47ff.).

5. Anwendung in der politikwissenschaftlichen Untersuchung

Aufgrund seiner analytischen Ausrichtung eignet sich der Rational-Choice-Institutionalismus besonders für Untersuchungen in Politikfeldern, die konfliktbehaftet sind. Ein klassisches Beispiel hierfür ist die Haushaltspolitik. In der Haushaltspolitik zeigt der Rational-Choice-Institutionalismus, dass die Standardinteressen der Akteure entscheidenden Einfluss darauf nehmen, ob Verwaltungsreformen und „Sparprogramme“ tatsächlich gelingen und erfolgreich zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Damit die Haushaltskonsolidierung gelingt, müssen nach Rational-Choice-Logik speziell die Politiker und Verwaltungsspitzen gestärkt werden, die ein genuines Interesse an der Haushaltskonsolidierung haben. Zu diesen sog. „Steuerungspolitikern“¹ gehören z.B. Bürgermeister, Haushälter und Politiker in den zentralen Steuerungsausschüssen (z.B. Haupt-, Haushalts- und Finanzausschuss). Sie verfolgen das Standardinteresse, die finanzielle Handlungsfähigkeit ihrer Kommune zu gewährleisten. Sie blockieren daher z.B. fachpolitische Forderungen, welche die Haushaltsziele

¹ Die Differenzierung zwischen sog. „Steuerungspolitikern“ und „Fachpolitikern“ bzw. „Fachkoalitionen“ ist vor allem durch Banner geprägt (Banner 1972, 1983). Bereits in den 1970er- und 1980er-Jahren befasste sich Banner mit den Rahmenbedingungen kommunaler Haushaltspolitik. Er entwickelte zunächst das sog. „Vorentscheiderkonzept“, wonach politische Entscheidungen nicht erst in den formal zuständigen, beschlussfassenden politischen Gremien, sondern schon im Vorwege in kleineren, informellen Kreisen beraten bzw. „vorentschieden“ werden. Charakteristisch für diese Vorentscheiderkreise ist die Überwindung der klassischen Trennung zwischen Politik und Verwaltung: Führende Politiker und Verwaltungsangehörige, die dem „Club“ der Vorentscheider angehören, handeln gemeinsam als kollektiver Akteur. Diese Verflechtung von Politik und Verwaltung ist die Basis für eine weitere bedeutsame Analytik: Innerhalb des politisch-administrativen Systems systematisiert Banner die Politik- und Verwaltungsakteure in zwei grundlegende Akteurstypen, die „Steuerungspolitikern“ und die „Fachpolitikern“ bzw. „Fachkoalitionen“. Die Steuerungspolitikern und Fachkoalitionen setzen sich aus verschiedenen Politik- und Verwaltungsakteuren zusammen, die jeweils über ähnliche individuelle Interessen verfügen. Im Sinne des Rational-Choice-Ansatzes können Steuerungspolitikern und Fachkoalitionen daher kollektive Standardinteressen unterstellt werden, die von ihnen jeweils strategisch zur Nutzenmaximierung verfolgt werden.

gefährden. Der erfolgreiche Haushaltsausgleich erhöht ihre Macht und Reputation. Umgekehrt würde eine Misswirtschaft als Scheitern der Steuerungspolitiker gesehen werden. Eine Maßnahme zur Stärkung der Steuerungspolitiker kann z.B. der Ausbau ihrer hierarchischen Kompetenzen sein, sodass sie stärker „durchgreifen“ können. Zu den Akteuren, die eher ein ausgabenexpansives Standardinteresse haben, gehören die Fachpolitiker sowie die Verwaltungsbeschäftigten aus den entsprechenden Fachbereichen. Sie verfolgen das Standardinteresse zur Wahrung ihres Fachsektors. Das Standardinteresse dieser „Fachkoalitionen“ lässt sich auch folgendermaßen simpel erklären: Mehr Ausgabemittel erlauben mehr Fachaufgaben, mehr Fachaufgaben bedeuten wiederum mehr Planstellen und Beförderungen im eigenen Fachbereich. Dies sorgt für Reputation, Einfluss und schließlich die Förderung der Politik- bzw. Verwaltungskarriere. Bei Konsolidierungsvorhaben versuchen Fachkoalitionen folglich, sich diesem Prozess zu entziehen, weil Budgetkürzungen mit einer Schwächung ihres Ressorts einhergehen. Damit positionieren sich Fachkoalitionen im Bereich der Haushaltspolitik häufig als Gegenpol zu den Steuerungspolitikern. Dieser Konflikt zwischen Steuerungspolitikern und Fachkoalitionen kann mit dem Principal-Agent-Ansatz weiter analysiert werden. Beispiel: Der Finanzdirektor einer Kommune (als Principal im Bereich der finanziellen Angelegenheiten) bittet die Fachbereiche (Agents), ihre Beiträge zur Haushaltskonsolidierung zu übermitteln. Die Fachbereiche wollen jedoch keinerlei Einsparungen beisteuern und behaupten stattdessen, sie würden zwar gern, könnten aber aufgrund nicht beeinflussbarer, restriktiver exogener Faktoren nun mal „leider“ keine Konsolidierungsbeiträge liefern. Es sei also nicht ihre Schuld, dass die Haushaltskonsolidie-

rung nicht gelinge. Der Finanzdirektor kann aufgrund der Informationsasymmetrie nicht hinreichend beurteilen (hidden information), ob die Fachbereiche die Wahrheit mitteilen oder vielmehr ihre Handlungsspielräume gegen die Interessen des Principals gezielt nutzen (hidden action), weil sie divergierende Standardinteressen verfolgen, nämlich die Machtsicherung und Ressourcenmaximierung zugunsten ihrer Fachbereiche (hidden intention). Die Anwendung des Principal-Agent-Ansatzes ermöglicht somit einen weiteren Erkenntnisgewinn: Er zeigt nachvollziehbar, dass neben den Standardinteressen auch asymmetrische Informationsverteilungen Erklärungsmuster dafür sein können, warum bestimmte Politikziele wie die Haushaltskonsolidierung in der Praxis häufig scheitern. Insgesamt bietet der Rational-Choice-Institutionalismus ein geeignetes Set an methodischen Instrumenten, mit denen zahlreiche Problemstellungen in Politik und Verwaltung schlüssig erklärt werden können.

Literaturverzeichnis

Baltz, K. (2009). Spieltheoretische Modellierung in den international vergleichenden Beziehungen. Erschienen in: Pickel, S., Pickel, G., Lauth, H., Jahn, D. (2009). Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 53-86.

Banner, G. (1972). Politische Willensbildung und Führung in Großstädten mit Oberstadtdirektorverfassung. Erschienen in: Grauhan, R. (1972). Großstadt-Politik – Texte zur Analyse und Kritik lokaler Demokratie, Gütersloh: Bertelsmann. S.162-180.

Banner, G. (1983). Zur politisch-administrativen Steuerung in der Kommune. Erschienen in: Lölhöffel, D., Schimanke, D. (1983). Kommunalplanung vor neuen Herausforderungen – Bausteine für die Verwaltungspraxis der 80er-Jahre, Stadtforschung aktuell, Band 2, Basel: Birkhäuser Verlag. S. 139-164.

Behnke, N. (2009). Responsivität und Verantwortlichkeit der öffentlichen Verwaltung. Erschienen in: Czerwick, E., Lorig, W., Treutner, E. (2009). Die öffentliche Verwaltung in der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 45-64.

Braun, D. (2013). Theorien rationaler Wahl. Erschienen in: Schmidt, M., Wolf, F., Wurster, S. (2013). Studienbuch Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 161-191.

Csigo, M. (2006). Institutioneller Wandel durch Lernprozesse – eine neoinstitutionalistische Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Dröge, A. (2008). Informelle Institutionen in ökonomischen Entwicklungsprozessen. Baden-Baden: Nomos.

Faust, J. (2014). Politikfeldanalyse und internationale Kooperation. Erschienen in: Lauth, H. (2010). Vergleichende Regierungslehre. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 396-420.

Fuhrmann, W. (2004). Grundlagen des ökonomischen Ansatzes – Das Erklärungskonzept des Homo Oeconomicus. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam.

Funck, S. (2008). Die Aufgabenauslagerung in Landesbetriebe im Bundesland Brandenburg und anderen ausgewählten Bundesländern. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam.

Graf, G. (2015). Grundlagen der Finanzwissenschaft. Heidelberg: Physica-Verlag.

Hall, P., Taylor, R. (1997). Political Science and the Three New Institutionalisms. MPIfG discussion paper, No. 96/6. Cambridge: Polity Press.

Haus, M. (2015). Lokale Institutionenpolitik in Deutschland zwischen strategischen Entscheidungen und kulturellen Deutungsprozessen. Erschienen in: Haus, M. (2015). Institutionenwandel lokaler Politik in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 7-54.

Helms, L. (2004). Politikwissenschaftliche Institutionenforschung am Schnittpunkt von Politischer Theorie und Regierungslehre. Erschienen in: Helms, L., Jun, U. (2004). Politische Theorie und Regierungslehre. Frankfurt a.M.: Campus. S. 13-44.

Holtkamp, L. (2012). Verwaltungsreformen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Holtkamp, L. (2013). Kommunale Haushaltspolitik in NRW. Opladen: Leske+Budrich.

Knill, C. (2015). Einführung in die Policy-Analyse. Opladen: utb Verlag.

Lauth, H. (2010). Demokratietypen auf dem Prüfstand. Erschienen in: Schenk, K., Soldner, M. (2010). Analyse demokratischer Regierungssysteme. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 47-60.

Lupia, A. (2006). Delegation and Its Perils. Erschienen in: Strom, K., Müller, W., Bergman, T. (2006). Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies. Oxford: Oxford University Press. S. 33-54.

Mayntz, R., Scharpf, F. (1995). Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus. Erschienen in: Mayntz, R., Scharpf, F. (1995). Gesellschaftl. Selbstregelung und Steuerung. Frankfurt a.M.: Campus. S. 39-72.

Morisse-Schilbach, M. (2006). Historischer Institutionalismus. Erschienen in: Bieling, H., Lerch, M. (2006). Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 271-292.

Oppermann, K. (2008). Prinzipale und Agenten in Zwei-Ebenen-Spielen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schedler, K., Eicher, A. (2013). Das Verhältnis von Verwaltung Politik. Erschienen in: Ladner, A., Chappelet, J., Emery, Y., Knoepfel, P., Mader, L., Soguel, N., Varone, F. (2013). Handbuch der öffentlichen Verwaltung in der Schweiz. Zürich: Verlag Neuer Zürcher Zeitung. S. 369-384.

Schimank, U. (2007). Neoinstitutionalismus. Erschienen in: Benz, A., Lütz, S., Schimank, U., Simonis, G. (2007). Handbuch Governance – Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 161-175.

Schröter, B. (2011). Klientelismus in der Politik Mexikos – Parteien im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schulze, H. (1997). Neo-Institutionalismus – ein analytisches Instrument zur Erklärung gesellschaftlicher Transformationsprozesse. Berlin: Freie Universität Berlin.

Schumann, D. (2005). Interessenvermittlung im europäischen Mehrebenensystem. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Seuberlich, M. (2017). Arme und reiche Städte – Ursachen der Varianz kommunaler Haushaltslagen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Tomann, H. (2005). Volkswirtschaftslehre. Heidelberg: Physica-Verlag.

Voigt, S. (2009). Institutionenökonomik. München: utb Verlag.